

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: 28.04.2021
Antragsnr.: 130/2021
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: VI
mit Referat:

erlanger linke
Stadtratsgruppe für soziale Politik

Erlangen, den 25.04.2021

Dringlichkeitsantrag zur Sitzung des Stadtrats am 29.04.21:

Klimanotstand und 1,5°C-Ziel konsequent berücksichtigen: Ortsumfahrung Niederndorf-Neuses ablehnen. Erarbeitung zukunftsgerechter Alternativkonzepte für eine verkehrliche Entlastung von Niederndorf/Neuses anstoßen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir stellen folgenden **Antrag**:

1. Die Stadt Erlangen lehnt die Planung der Ortsumfahrung Niederndorf-Neuses in Ihrer Stellungnahme zum Planfeststellungsverfahren ab. Das damit verbundene Abweichen von ihrer bisherigen Haltung (z.B. in Stellungnahmen aus den Jahren [2014](#) und [2015](#)) begründet sie mit neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen zur sich zuspitzenden Klimakrise aus den letzten Jahren, mit den - angestoßen durch die Fridays-For-Future-Bewegung - neu entstandenen gesellschafts-politischen Verhältnissen, sowie mit dem daraus hervorgegangenen Erlanger Klimanotstand zusammen mit der angestrebten Einhaltung des 1,5°C-Ziels.
2. Die Stadtverwaltung nimmt Kontakt mit der Stadt Herzogenaurach auf, um zur verkehrlichen Entlastung des Bereichs Niederndorf/Neuses gemeinsam ein Konzept zu erarbeiten und politisch voranzubringen, welches der Einhaltung des 1,5°C-Ziels gerecht wird.

Begründung:Dringlichkeit:

Dringlichkeit besteht, da die Stadt Erlangen noch bis zum 10.05.21 (Fristverlängerung) die Möglichkeit hat, zur Ortsumfahrung Niederndorf-Neuses Stellung zu nehmen.

Unvereinbarkeit des UVPA-Beschlusses vom 20.04.21 mit dem Erlanger Klimanotstand:

Der im UVPA gefasste Beschluss [611/046/2021](#), die Planungen der Ortsumfahrung Niederndorf-Neuses mit einer insgesamt zustimmenden Stellungnahme zu unterstützen, ist nicht vereinbar mit den Beschlüssen zum „Erlanger Klimanotstand“ ([13/313/2019](#)). Dass die Planungen der Ortsumfahrung Niederndorf-Neuses einen Widerspruch zu den Zielen des Klimanotstandes darstellt, wird in der Stellungnahme selber festgestellt.

Unvereinbarkeit mit den Beschlüssen zum Klima-Aufbruch:

Der UVPA-Beschluss kollidiert auch mit den Beschlüssen zum „Klima-Aufbruch“ ([31/040/2020](#)) sowie dem darin formulierten Bekenntnis zum 1,5°C-Ziel und zum CO₂-Restbudget als Steuerungsgröße. Die daraus folgende [Treibhausgas-Bilanz](#) der Stadt Erlangen wurde im Februar 2021 im Stadtrat vorgestellt ([31/059/2021](#)). Das Erlanger CO₂-Restbudget zur Einhaltung der 1,5°C-Ziels ist nach aktuellem Stand bereits in rund drei Jahren aufgebraucht. Spätestens diese Aussage macht deutlich, dass das 1,5°C-Ziel nur

noch mit extremer Anstrengung und radikalen Maßnahmen erreicht werden kann. Die Ortsumfahrung Niederndorf ist diesbezüglich absolut kontraproduktiv.

Fehlende Begründung zu einem Beschluss mit negativen Klimaauswirkungen:

Im Januar 2020 wurde in den städtischen Beschlussvorlagen die Rubrik „Klimaschutz“ eingeführt ([13/336/2019](#)). Zu den Stadtrats-Beschlüssen sollen Klimaauswirkungen und alternative Handlungsoptionen angeführt werden und Entscheidung ggf. begründet werden: *„Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.“* Dies soll gewährleisten, *„dass gegebenenfalls vorhandene Zielkonflikte transparent werden und politisch entschieden werden muss, ob im Einzelfall die klimaschutzkonforme Lösung, die Lösung mit den geringeren unmittelbar entstehenden Kosten oder - im Idealfall - die Lösung, die beides berücksichtigt, gewählt wird.“*

Im UVPA-Beschluss zur Ortsumfahrung werden die *„Auswirkungen auf den Klimaschutz“* als *negativ* angegeben. Als klimaschutzkonforme *„alternative Handlungsoption“* wird die *„Ablehnung des Vorhabens“* genannt, welche jedoch nicht vorgeschlagen wird. Es fehlt an dieser Stelle die erforderliche Begründung.

Nicht nachvollziehbare Entscheidungsfindung der Stadtverwaltung:

Eine Abwägung zwischen den Nutzen und Schäden des Projekts findet sich weder im UVPA-Beschluss noch in der dort angeführten Stellungnahme zum Planfeststellungsverfahren. Vielmehr werden zahlreiche Konflikte mit dem Erlanger Klimanotstand und dem Erlanger Verkehrsentwicklungsplan angeführt. Zudem wird bemängelt, es fehle eine *„Kosten-Nutzen-Analyse, in der die Vorteile der Ortsumgehung (Pegelminderung für Anwohner, Verkehrssicherheit, etc.) den Kosten (monetäre Kosten, Eingriffe in die Natur und in Erholungsgebiete, etc.) gegenübergestellt werden.“* Schließlich wird festgehalten: *„Die Erhöhung der Verkehrssicherheit in den Ortsteilen Neuses und Niederndorf kann aber auch mit anderen, deutlich einfacheren Mitteln erreicht werden, als mit der Ortsumfahrung.“* Die Entscheidung der Stadtverwaltung für eine Unterstützung des Projekts ist nicht nachvollziehbar. Eine entsprechende Abwägung bzw. Argumentation fehlt.

Missachtung der Empfehlung des Erlanger Naturschutzbeirats:

Mit seiner Unterstützung der Ortsumfahrung setzt sich der UVPA auch über die [Empfehlung des Naturschutzbeirats](#) hinweg, welcher schreibt: *„Der Naturschutzbeirat der Stadt Erlangen lehnt den Bau des Abschnitts der Ortsumfahrung Niederndorf -Neuses auf Erlanger Stadtgebiet ab. Durch die geplanten Bauwerke würden umfangreiche Flächen versiegelt und die wertvolle Talaue in einem ökologisch sehr sensiblen Bereich stark beeinträchtigt. In Anbetracht des in Erlangen ausgerufenen Klimanotstands und der propagierten ‚Mobilitätswende‘ und ‚Grünen Wende‘ sowie des ungebremsten Artensterbens, hält der Naturschutzbeirat den Bau der Ortsumfahrung für nicht vertretbar.“*

Inkonsequente Haltung zur Sicherung der Aurachtalbahnantrasse:

Bisher hat sich der UVPA im Rahmen der Planungen zur Ortsumfahrung für eine Sicherung der Aurachtalbahnantrasse eingesetzt, z.B. in [611/079/2015](#): *„Die beiden Kreuzungen/ Überführungen der neuen Umgehungsstraße mit der ‚Aurachtalbahn‘ sind so zu planen und auszuführen, dass eine Reaktivierung der Strecke und ein Betrieb mit elektrischen Zügen möglich ist.“* Auch der Stadtrat war bisher für den Erhalt der Trasse, z.B. in [VI/100/2017](#): *„Die Stadt Erlangen erhebt gegen den Antrag der Stadt Herzogenaurach auf Freistellung und Rückbau von Gleisen der ‚Aurachtalbahn‘ wegen der Südumfahrung Neuses-Niederndorf folgende Einwendungen: Die Ortsumfahrung ist so zu gestalten, dass die Einrichtung einer Stadt-Umland-Bahn möglich ist. Darüber hinaus sind die Kreuzungspunkte mit der*

ehemaligen Bahnlinie Erlangen-Bruck-Herzogenaurach so auszuführen, dass bei Bedarf zukünftig ein elektrischer Betrieb der Linie hergestellt werden kann.“

Im aktuellen Beschluss des UVPA sowie in der enthaltenen Stellungnahme zur Ortsumfahrung wird die Aurachtalbahnrinne gar nicht mehr erwähnt. Ein Antrag im UVPA auf Ergänzung der Forderung nach Freihaltung der Trasse wurde abgelehnt.

An einer Stelle wird die Bahntrasse diagonal und großflächig durch die Ortsumfahrung überbaut. Eine Reaktivierung der Trasse wird dadurch erheblich erschwert oder gar unmöglich gemacht. Damit entzieht die Stadt Erlangen den Initiativen und Gruppierungen in Herzogenaurach die Unterstützung, die sich für alternative Mobilitätskonzepte in Niederdorf/Neuses einsetzen und sich die Möglichkeit einer Schienenlösung auf der Aurachtalbahnrinne für die Zukunft offenhalten möchten.

Drohender Glaubwürdigkeitsverlust des Erlanger Klimanotstands:

Eine Unterstützung der Ortsumfahrung Niederdorf-Neuses läuft allen Bemühungen um die Einhaltung des 1,5°C-Ziels zuwider. Auch hinsichtlich des Natur- und Landschaftschutzes verursacht das Straßenneubauprojekt enorme irreparable Schäden. Zudem wird durch das Verbauen der Aurachtalbahnrinne eine nachhaltige Lösung behindert.

Die Ortsumfahrung ist kein alleiniges Projekt der Stadt Herzogenaurach. 450 m und damit knapp 10% der Straße führen über Erlanger Stadtgebiet. Der gesamte Abschnitt verläuft durch das Erlanger LSG Aurachtal. Damit ist Erlangen verantwortlich für die Umweltfolgen in diesem Abschnitt wie auch für die überregionalen und globalen Auswirkungen dieses neuen Straßenabschnitts auf Verkehr und Umwelt. Dieser Verantwortung sollte Erlangen durch eine eindeutige und schlüssig begründete Stellungnahme gerecht werden. Erlangen kann und muss den Klimanotstand auch nach außen vertreten.

Im Rahmen der Ausrufung des Klimanotstands hat der Erlanger Stadtrat „*die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität*“ erklärt. Im Klima-Aufbruch hat er hinzugefügt: „*Wir setzen uns zum Ziel, unseren Gestaltungsspielraum konsequent zu nutzen, um auf lokaler Ebene die erforderlichen Institutionen, Infrastrukturen und Maßnahmen zur Einhaltung des 1,5°C-Klimaziels auf städtischer Ebene zu schaffen.*“

Nach diesen Aussagen seitens der Stadtregierung ist den Erlanger Bürgerinnen und Bürgern eine Unterstützung überdimensionierter Umgehungsstraßen nicht mehr vermittelbar. Zahlreiche Akteure, die sich für mehr Natur- und Klimaschutz in Erlangen einsetzen, würden vor den Kopf gestoßen. Die Glaubhaftigkeit der Erlanger Klimanotstandspolitik würde ernsthaft in Frage gestellt. Die Beschlüsse zum Klimanotstand müssen auch in Entscheidungen zu infrastrukturellen Großprojekten einfließen, erst recht wenn überregionale Problemlösungen gefragt sind.

Die Grundlagenstudie zum Klimanotstand schreibt: „*Für eine wirksame Klimanotstandspolitik braucht es Mut, Entschlossenheit und den Willen, den eigenen Handlungsspielraum maximal auszunutzen.*“ Sie zitiert: „*Nachhaltigkeit ist [...] nicht zuletzt eine Frage der Phantasie.*“ Dementsprechend beantragen wir hiermit eine Ablehnung der Ortsumfahrung Niederdorf-Neuses durch die Stadt Erlangen, um neuen Wegen eine Chance zu geben.

Mit freundlichen Grüßen

Fabiana Girstenbrei
(Stadträtin)

Johannes Pöhlmann
(Stadtrat)